

Fremdenrecht – Wo Recht zu Unrecht wird.

Offener Brief an die Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
Sehr geehrter Herr Vizekanzler,  
Sehr geehrte MinisterInnen,

Im Morgengrauen holt die Polizei Menschen aus Bett und Wohnung und schiebt sie ab, ohne jede Vorankündigung – als 1942 Geborener habe ich von solchen Verfahren im Geschichtsunterricht als "Gestapo-Methoden" erfahren. Und im Jahr 2011 legt die Regierung ein Gesetz vor, dass dies wieder einführt?

Sind Menschen denn Vieh, das man so un-menschlich verfrachten kann? Können Sie sich die Ängste vorstellen, wenn man sich abends ins Bett legt und nicht weiß, ob man morgens von der Polizei geweckt und abtransportiert wird?

Das Fremdengesetz ist auch ohne diese Regelung schon fremdenfeindlich genug: Gegen alle Erkenntnisse der Wissenschaft darüber, wie Integration erfolgreich ist, trägt es nicht zur Integration bei, sondern zur Unterdrückung und Kriminalisierung von Menschen. Reicht das immer noch nicht. Muss nun noch hinzukommen, was in einer österreichischen Zeitung eine offenen Auges umgesetzte menschenrechtliche Perfidität genannt wird.

Ich höre schon, wie die Verantwortlichen, Sie auch, wenn es dann ernst wird, sich solche Fälle häufen und die Welt zu recht mit Fingern auf Österreich zeigt, bedauernd erklären, sie seien an das Gesetz gebunden – aber SIE, diese Regierung, macht das Gesetz, d.h. Sie sind verantwortlich für den Verlust an Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit, der hier Gesetz werden soll. Wollen Sie damit in die österreichische Geschichte eingehen, dass Sie Methoden eines Polizeistaates wieder eingeführt haben?

Ich appelliere an Sie, diesem Gesetzespaket nicht Ihre Zustimmung zu geben und auch gegenüber Ihren MinisterkollegInnen, dem Nationalrat und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass ein inhumanes Fremdenrecht keinen Platz in unserem demokratischen Rechtsstaat hat.

Hans-Jürgen Krumm

Wien 14.4.2011